

Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

Budapest, 2. November.

Zu den zahlreichen Schwierigkeiten, unter denen sich die revolutionären Umwälzungen unseres Vaterlandes vollziehen und mit denen die Liquidierung des Krieges verbunden ist, hat sich in der letzten Zeit auch ein Mangel an Banknoten hinzugesellt, der Dimensionen angenommen hat, die man bei einem Notenumlauf von mehr als 29 Milliarden schier für unmöglich gehalten hätte. Die Kalamität, mit der man es hier zu tun hat, ist freilich keine Spezialität Ungarns. Sie ist in der letzten Zeit auch in Oesterreich, Deutschland und anderen kriegführenden Staaten hervorgetreten, ja sie hat nicht einmal die neutralen Länder verschont; ging doch erst vor kurzem die sonderbare Nachricht durch die europäische Presse, daß eine große holländische Textilfirma die Gehälter ihrer Beamten und die Löhne ihrer Arbeiter infolge des Mangels an Zahlungsmitteln in Seringen ausbezahlt hat. In all diesen Staaten ist infolge der politischen und militärischen Ereignisse der jüngsten Zeit ein unerklärliches Angstgefühl über die Deute gekommen, das sie einen wirtschaftlichen Zusammenbruch nach dem Kriege befürchten ließ und sie veranlaßte, so viel Bargeld als nur möglich aufzuspeichern, damit sie vor Not und Entbehrungen gesichert seien. Auf diese psychologischen Momente und nicht auf ernste wirtschaftliche Gründe ist es zurückzuführen, daß durch das unsinnige Hamstern von Banknoten eine Not an Zahlungsmitteln entstanden ist, die zu den schwersten Störungen führen kann.

Auf das Törichte dieses Vorgehens, das unberechenbar schwere Folgen für die Geldwirtschaft zur Folge haben kann, ist bereits wiederholt hingewiesen worden. Wie kann man auch glauben, daß es sicherer ist, sein Geld daheim aufzubewahren, als es bei den Kreditinstituten zu belassen, von wo es im Bedarfsfalle jeden Augenblick abgehoben werden kann, und daß es angezeigter erscheint, es zinslos im Schrank zu verwahren, als es gegen entsprechende Zinsvergütung von einer Bank oder einer Sparkasse verwalten zu lassen? Bedenken die Deute, die in ihrer Kopflosigkeit ihre Giro Guthaben und Bareinlagen auf einmal beheben wollen, ohne daß sie die Noten für ihren Hausgebrauch oder ihre Unternehmungen benötigen würden, nicht, daß sie dadurch nicht nur der Allgemeinheit schaden, sondern sich auch in das eigene Fleisch schneiden, indem sie die Papiergeldwirtschaft in eine Krise drängen, die auch ihnen verhängnisvoll werden kann? Sind sie nicht im reinen damit, daß sie durch die Störungen und Stockungen im Zahlungsverkehr, die sie durch ihre durchaus ungerechtfertigte Notenhäuferei heraufbeschwören, die ohnehin so schwierige Situation des Landes so kritisch gestalten können, daß trotz der selbstlosen Bemühungen aller Patrioten die kostbaren Errungenschaften unserer Freiheit und Selbstständigkeit aufs Spiel gesetzt werden? All diese Erwägungen müßten jeden patriotisch gesinnten Bürger dieses Landes veranlassen, das Abheben von Noten bei den Geldinstituten auf das geringste Maß zu beschränken und keinen Heller aus dem Verkehr zu ziehen, der nicht zur Befriedigung des täglichen Gebrauches, des wirklichen Bedarfes dient.

Erfreulicherweise ist in den letzten Tagen bereits ein Abflauen der Besaurierung wahrzunehmen. Es beginnt sich, wie mit Genugtuung festgestellt werden kann, bereits ein besseres Verständnis in den Kreisen des Publikums durchzurufen, und jeder Tag, der beweisen wird, daß die Revolution, die wir durchgemacht haben, ohne Erschütterung des Landes vor sich gegangen ist, daß wir wieder in normale Bahnen einlenken, daß der Uebergang vom Kriege zur Friedenswirtschaft trotz aller Schwierigkeiten sich anstandslos vollzieht, wird auch die Nervosität bannen, die sich in dem überflüssigen Aufspeichern von flüssigen Zahlungsmitteln geäußert und die einwandfreie Abwicklung des Zahlungsverkehrs eine Zeitlang bedroht hat. Ein gutes Anzeichen hiefür ist auch der Verlauf des heutigen Tages, der bei den großen Geldansprüchen, die zum Wochenschluß, zum Beginn des Monats und zum Quartal auch in normalen Zeiten an die Finanzinstitute gestellt werden, unter den heutigen außerordentlichen Verhältnissen leicht verhängnisvoll hätte werden können. Dank der Vorkehrungen, die alle berufenen Faktoren getroffen haben, ist die Auszahlung an den Schaltern der Geldinstitute glatt vonstatten gegangen, so daß keinerlei Störung im Zahlungsverkehr eingetreten ist.

Als besonders zweckdienlich hat sich die in der Beratung der Vertreter der Banken gestern vorgeschlagene Verfügung erwiesen, wonach die Kassenscheine, Anweisungen und Schecks der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, sowie die von ihr bestätigten Schecks als gesetzliche Zahlungsmittel erklärt werden sollen. Die Regierung hat diesem auch vom Staatssekretär des Finanzministeriums Dr. Paul Szende befürworteten Vorschlag sofort zugestimmt und ihn laut einer heute in einer außerordentlichen Ausgabe des Amtsblattes verlautbarten Verordnung auch unverzüglich mit rückwirkender Kraft verwirklicht. Zur Ausbezahlung der Arbeiterlöhne sind diese Geldsurrogate natürlich nicht zu verwenden, und es wird noch wie vor dafür gesorgt werden müssen, daß für diese Zwecke kleine Banknoten zur Verfügung stehen, aber zur Begleichung von Wohnungsmietzinsen, wie überhaupt für größere Zahlungen sind diese dem Bargeld vollkommen gleichwertigen Papiere recht gut zu benützen. Außer dieser Maßnahme werden zur Erleichterung des Geldverkehrs in vorteilhafter Weise auch jene Verfügungen beifragen, die die Leitung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank getroffen hat, um den Banknotenmangel zu beheben. Ein Mittel hiezu wäre wohl auch die Emission von ungarischen Staatsbanknoten gewesen, die in der Konferenz der Vertreter der Geldinstitute angeregt wurde. Allein man kann es, wenn man an die bösen Folgen der feinerzeitigen Affirmaten-

wirtschaft denkt, und sich vorgegenwärtigt, daß eine solche Emission leicht ein gewisses Disagio der Staatsnoten hätte zur Folge haben können, nur billigen, daß diese Idee keinen Anklang im Kreise der Bankfachmänner gefunden hat und halb wieder fallen gelassen wurde.

Die Emission ungarischer Staatsbanknoten erscheint derzeit um so überflüssiger, als es der Oesterreichisch-Ungarischen Bank bereits gelungen ist, die technischen Schwierigkeiten, die einer ausgiebigeren Herstellung von Banknoten im Wege standen, teilweise zu beheben. Schon heute werden — wie aus einer weiter unten veröffentlichten Äußerung des Regierungskommissärs bei der Budapester Hauptanstalt des derzeit noch gemeinsamen Noteninstituts hervorgeht — um 20 Millionen mehr Noten erzeugt als bisher, und binnen kurzem wird das Quantum der bisherigen Erzeugung fast verdoppelt sein. Auch die Ausgabe neuer Notentypen wird dazu beitragen, den Zahlungsverkehr zu erleichtern. Außer den einfacheren neuen Zwanzig-Kronen-Noten, deren Erzeugung rascher möglich sein wird, als die der jetzigen Zwanzig-Kronen-Noten, werden neue Notenkategorien von 5, 25 und 200 Kronen in Verkehr gebracht werden, wodurch dem Mangel an kleineren Noten abgeholfen werden wird, während die Einführung der a vista zahlbaren unverzinslichen Kassenscheine, deren geringster Betrag auf 1000 Kronen lautet, sowie die Herstellung von Noten zu 10.000 Kronen dem großen Mangel an Tausend-Kronen-Noten zu steuern berufen ist.

All diese Verfügungen werden in ihrer Gesamtheit hoffentlich genügen, um den Banknotenmangel zu lindern und ihm ein baldiges Ende zu bereiten, zumal wenn sich die Gemüter angesichts der zunehmenden Konsolidierung der politischen Verhältnisse beruhigen werden und das durch die Verbreitung unkontrollierbarer Gerüchte immer wieder von neuem angefachte Angstgefühl voller Beruhigung Platz machen wird. Schon jetzt sind neben den umfangreichen Abhebungen erfreulicherweise auch ansehnliche Einlagen bei den Geldinstituten zu verzeichnen. Noch reichlicher wird das Geld zu ihren Kassen zurückfließen, wenn es dem Nationalrat und der neuen Volksregierung mit vereinten Kräften gelingt, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuhalten und bald wieder normale Zustände zu schaffen. Es ist daher auch ein hervorragendes wirtschaftliches Interesse, das neue Regime mit aller patriotischen Bereitwilligkeit aus vollen Kräften zu unterstützen.

Eine Äußerung des Regierungskommissärs der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Der Regierungskommissär bei der Budapester Hauptanstalt der Oesterreichisch-Ungarischen Bank Ludwig v. Bed hat heute abend die Freundlichkeit, einem unserer Redakteure über den Stand des Banknotenmangels und die Aussichten auf seine Behebung folgende beruhigende Mitteilung zu machen:

„Infolge einer durchaus unmotivierten Angst, die sich im Kreise des uninformierten und irreführten Publikums verbreitete und infolge der durch sie veranlaßten Fehaurierung von Banknoten ist naturgemäß ein Geldmangel entstanden. Kompliziert wurde die Lage dadurch, daß infolge der durch die momentanen Zustände verursachten Verkehrsschwierigkeiten Wien beim besten Willen der dortigen Hauptanstalt der Oesterreichisch-Ungarischen Bank die normale Geldmenge in den letzten Tagen nicht nach Budapest zu senden vermochte. Demzufolge ist im Zahlungsverkehr augenblicklich eine Stagnation eingetreten, die jedoch an dem heutigen Auszahlungstag, der eine kritische Wendung zu nehmen drohte, keine nennenswerten Störungen verursacht hat. Denn es wurden sämtliche zur Anmeldung gelangten Ansprüche befriedigt, wobei wir uns in erster Reihe die Berücksichtigung der zur Ausbezahlung der Arbeiterlöhne, der Beamtengehälter und der Militärbezüge vor Augen hielten. Nachdem es uns bereits gelungen ist, die tägliche Leistung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in der Herstellung von Banknoten von 65 bis 73 Millionen auf 95 Millionen zu erhöhen und es zu hoffen steht, daß es gelingen wird, diesen Betrag schon in den allernächsten Tagen auf 140 Millionen zu steigern, vertraue ich darauf, daß wir von Montag an imstande sein werden, die Anforderungen der Hauptstadt wieder Provinz wie bisher ohne jede Stockung zu befriedigen. Insofern aber wider alles Erwarten hinsichtlich der Geldbeschaffung von Wien irgendeine Störung eintreten sollte, haben wir alle Anstalten getroffen, damit die Kreditanprüche Ungarns trotzdem glatt befriedigt werden können.“

Die letztere Bemerkung des Regierungskommissärs, der sich unmittelbar nach dieser Unterredung mit dem Vizegouverneur Josef v. Tarkovich und dem Zentralinspektor Viktor v. Elisher zu einer Ministerberatung nach Buda begab, bezieht sich offenbar auf den Plan, mit Rücksicht darauf, daß die Herstellung der erforderlichen Notenmenge in Wien infolge technischer Schwierigkeiten derzeit noch nicht in dem erwünschten raschen Tempo erfolgen kann, die Klischees einzelner Banknoten nach Budapest zu bringen und mit ihrer Hilfe hier mehrere hundert Millionen Noten drucken zu lassen. Bei diesem Plan, der in einer heute abend stattgehabten Sitzung des Ministerrates gebilligt worden sein soll, handelt es sich jedoch nicht, wie ein heutiges Abendblatt irrtümlich meldet, um die Herstellung von Staatsnoten, sondern von Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, die eventuell mit dem Ausdruck „Budapester Hauptanstalt der Oesterreichisch-Ungarischen Bank“ versehen werden sollen.